



Gunther Krichbaum

Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon: 030/227-70371 Telefax: 030/227-76371
E-Mail: gunther.krichbaum@bundestag.de
www.gunther-krichbaum.de

Berlin aktuell

Neues Wärmegesetz beschlossen

Hausbesitzer in Baden-Württemberg werden nicht benachteiligt

Für die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat das Klimaschutzprogramm der Bundesregierung höchste Priorität. An diesem Freitag wurden hierzu zwei wichtige Gesetzesvorhaben beschlossen.

Ziel des Erneuerbaren-Energien-Wärmegesetzes – EEWärmeG - ist es, den Anteil erneuerbarer Energien für Heizung, Warmwasserbereitung und Erzeugung von Kühl- und Prozesswärme bis zum Jahr 2020 auf 14 Prozent zu erhöhen. Hierfür werden auf Initiative der Union u.a. erheblich mehr Fördermittel für das so genannte Marktanreizprogramm bereitgestellt. Damit wird ein Beitrag zur Verstetigung und Beschleunigung des Ausbaus regenerativer Wärme in Deutschland geleistet. Bisher ungenutzte Potenziale sollen erschlossen und der Abhängigkeit von Energieimporten, insbesondere bei den fossilen Energieträgern wie Erdöl und Erdgas, soll damit entgegengewirkt werden.

Der ursprüngliche Entwurf des Gesetzes von Bundesumweltminister Gabriel setzte im Wärmebereich bisher nur auf Freiwilligkeit. Zuschüsse für eine ökologische Nachrüstung für Heizung und Warmwasser sollten nur beim freiwilligen Einbau fließen. Da Baden-Württemberg als erstes Bundesland bereits seit April dieses Jahres ein Landeswärmegesetz hat, das für neue Wohnhäuser gilt und ab 2010 auch den wesentlich größeren Altbestand einbezieht, hätten Hausbesitzer im Südwesten von dieser Förderung nicht profitieren können.

Der CDU-Landesgruppe Baden-Württemberg im Deutschen Bundestag ist es gelungen, Umweltminister Gabriel von seinem Vorhaben abzubringen, nur Neubauvorhaben zu fördern. Von den Zuschüssen aus dem Programm des Bundes werden nun auch Sanierungsvorhaben für Bestandsgebäude profitieren können. Im Zusammenspiel zwischen der Landesregierung von

Baden-Württemberg einerseits, die mit einem sehr ambitionierten Wärmegesetz vorgelegt hat, und den CDU-Bundestagsabgeordneten aus Baden-Württemberg, die sich für eine Ausweitung der Zuschüsse auch auf den Gebäudebestand eingesetzt haben, ist ein großer Erfolg für alle Hausbesitzer in Baden-Württemberg erzielt worden.

Ebenfalls einen großen Beitrag zum Klimaschutz leistet das in dieser Woche verabschiedete Gesetz zur Neuregelung des Rechts der Erneuerbaren Energien im Strombereich – EEG. Ziel dieser Novelle ist es, den Anteil erneuerbarer Energien an der Stromversorgung bis zum Jahr 2020 auf mindestens 30 Prozent und danach kontinuierlich weiter zu erhöhen. Zum Beispiel schafft es für landwirtschaftliche Veredelungsbetriebe neue wirtschaftliche Perspektiven. Auch die Gülle soll stärker für die Biogaserzeugung eingesetzt werden. Stromerzeugung aus Biogas ist zudem grundlastfähig und wirtschaftlich.

Mit diesen beiden wichtigen umwelt- und energiepolitischen Gesetzen wird ein großer Schritt zum Erreichen der Klimaziele der Bundesregierung getan. Gleichzeitig werden mit dem Ausbau und der technologischen Weiterentwicklung der erneuerbaren Energien Potenziale erschlossen, um die Bürger mittelfristig von den ständig steigenden Kosten für Strom, Öl und Gas zu entlasten. Die erneuerbaren Energien haben das Potenzial, hier schon in wenigen Jahren kostendämpfend zu wirken. Zudem leisten sie einen Beitrag, um Deutschland von Energieimporten unabhängiger zu machen und Wertschöpfung und Arbeitsplätze in diesem Bereich in Deutschland auszubauen. Gerade auch Handwerk und Mittelstand erhalten mit den genannten Gesetzen zusätzliche wirtschaftliche Perspektiven.

Faire Preise für die Milchbauern

Wir Verbraucher brauchen eine funktionierende Landwirtschaft in Deutschland. Sie sorgt für Arbeitsplätze im ländlichen Raum, hohe Qualität bei den Nahrungsmitteln und Pflege unserer heimischen Landschaft. Gerade die Milchbauern müssen 365 Tage im Jahr hart arbeiten. Deshalb haben sie einen Anspruch auf faire Einkommen. 88% der Deutschen sind nach einer Forsa-Umfrage bereit, höhere Milchpreise zu zahlen, wenn die Preiserhöhung direkt bei den Bauern ankommt. Die Vereinbarungen mit den Handelsketten gehen deshalb in die richtige Richtung. Doch ein Problem bleibt: Am Milchregal können die Verbraucher kaum erkennen, woher die Milch stammt und welchen Preis die Bauern erhalten. Daher brauchen wir ein bundeseinheitliches Fairness-Siegel für Milch und Milchprodukte.

Deutsche Beteiligung im Kosovo

In dieser Woche stand die Entscheidung über die Fortsetzung der deutschen Beteiligung an der Internationalen Sicherheitspräsenz im Kosovo an. Insbesondere in der Phase nach der Unabhängigkeitserklärung bleibt die internationale Truppenpräsenz zur Aufrechterhaltung eines sicheren Umfelds dringend erforderlich. Deutsche Soldatinnen und Soldaten haben an der Stabilisierung der gesamten Region einen wesentlichen Anteil.

Regelungen zum Ehegattennachzug erfolgreich

Die Einführung von verpflichtenden Deutschkenntnissen vor dem Familiennachzug ist ein wichtiger Beitrag zur Integration. Es gibt kein vernünftiges Argument dagegen, dass ausländische Frauen Grundkenntnisse der deutschen Sprache beherrschen müssen, bevor sie in unser Land kommen. Keine ausländische Frau kann Hilfe gegen Zwangsehen in Anspruch nehmen, wenn sie kein Deutsch kann. Der Rückgang beim Familiennachzug von türkischen Ehefrauen nach Deutschland belegt, dass in vielen Fällen Familien von der Durchführung einer Zwangsehe offenbar abgesehen haben. Nach Auskunft von Mitarbeitern der Visa-Stellen zum Beispiel in Ankara und Istanbul dürfte mindestens in der Hälfte der Fälle von einer Zwangs- oder Scheinehe auszugehen sei. Abwegig ist die Forderung, nachziehende Ehefrauen sollten erst nach ihrer Übersiedlung einen Deutschkurs besuchen. Die Erfahrung zeigt, dass

Familien, die Zwangsehen verabreden, den Besuch von Deutschkursen in unserem Land gerade nicht zulassen.

Klare Transparenzregeln für die Mitarbeit Externer bei Bundesbehörden

In jüngster Zeit beunruhigten Berichte, durch die Mitarbeit Externer in Bundesbehörden könnten Wirtschaftsverbände und Gewerkschaften Gesetze mitschreiben. Mit großer Mehrheit hat der Haushaltsausschuss nun beschlossen, dass es für diese Mitarbeit klare eindeutige Verbotsbereiche und umfassende Transparenz geben muss. Die bisherige auch vom Bundesrechnungshof und der Union in der Vergangenheit gerügte Verwaltungspraxis in den Ministerien ist damit quasi beendet. Zur Schaffung umfassender Transparenz dient u. a. die Kenntlichmachung der externen Personen bei allen innerdienstlichen und außerbehördlichen Kontakten, damit der Anschein von Interessenkollisionen von vornherein ausgeschlossen wird.

Bundeswehr verzichtet auf Streumunition

Die Entscheidung von Bundesverteidigungsminister Jung, künftig auf Streumunition zu verzichten, ist richtig und könnte anderen Nationen als Beispiel dienen. Vor dem Bedrohungshintergrund des Kalten Krieges war diese Waffenart für uns unverzichtbar. Durch die veränderte sicherheitspolitische Lage jedoch, werden Streitkräften andere Fähigkeiten abverlangt. Es hat deswegen keinen negativen Einfluss auf unsere Sicherheit, wenn wir uns von dieser Munition trennen. Diese Maßnahme zur Abrüstung ist in jeder Hinsicht zu begrüßen. Weiterhin ist zu hoffen, dass sich auch andere Nationen dem deutschen Beispiel anschließen und so ein Beitrag zu unser aller Sicherheit geleistet werden kann.

Ausbildungsförderung für „Altbewerber“

Insbesondere junge Menschen mit Haupt- oder Schulabschluss oder ohne Schulabschluss scheitern mit einer Bewerbung um einen Ausbildungsplatz. Um diesen „Altbewerbern“, deren Zahl auf 380.000 gestiegen ist, bessere Chancen auf dem Ausbildungsmarkt zu geben, beschloss der Bundestag in dieser Woche die Einführung eines so genannten „Ausbildungsbonus“ in Höhe von 4000 bis 6000 Euro für die Betriebe, die mit diesen benachteiligten Jugendlichen einen Ausbildungsvertrag schließen.